



PRESSE

Ausverkauf an der Rue Béranger

Die französische Tageszeitung „Libération“ ringt ums Überleben: Die Auflage sinkt, die Anzeigen schwinden, und der Hauptaktionär will das Traditionsblatt der Linken zum kommerziellen Kulturbetrieb umbauen. Redaktion und Leser wehren sich.

In den Büroetagen unweit der Place de la République klingen unablässig die Telefone, die Tastaturen klackern. Als es auf 20 Uhr zugeht, steigt die Hektik, der Redaktionsschluss naht. Es ist, so könnte man meinen, Alltag im Newsroom von „Libération“.

Die geschäftige Routine aber täuscht, tatsächlich hat sich an der Rue Béranger Nummer 11 Endzeitstimmung breitgemacht. Denn der Tageszeitung, Kampf- und Traditionsblatt der französischen Linken, droht das Aus. Seit Jahren von Finanz- und Führungskrisen gebeutelt, haben die Mehrheitsgesellschafter ihre Millionenzuschüsse gestrichen, die laufenden Einkünfte reichen gerade noch,

um das tägliche Erscheinen sicherzustellen. Lieferanten und Druckerei werden hingehalten, die Märzgehälter für die Beschäftigten wurden am letzten Tag des Monats überwiesen. „Wir arbeiten, recherchieren und schreiben“, sagt Tonino Serafini, Gewerkschafter und seit 28 Jahren bei der Zeitung. „Doch der Druck wächst, die Angst vor dem Zusammenbruch hat uns alle eiskalt gepackt.“

Und das nicht ohne Grund. Die beiden Mehrheitseigner, der Bankier Édouard de Rothschild und der Immobilienhändler Bruno Ledoux, sind offenbar nicht mehr bereit, weitere Verluste hinzunehmen. Sie halten zusammen gut 53 Prozent des Kapitals, inzwischen summieren sich die

Schulden auf mehr als sechs Millionen Euro. Nach drei Jahren mit Gewinnen lief 2013 abermals ein Defizit von zwei bis drei Millionen Euro auf.

Anfang Februar kündigte Ledoux deshalb an, die defizitäre Zeitung zum digitalen Mischbetrieb umzubauen. Offen ist nicht nur, wie er die nötigen 18 Millionen Euro aufbringen will; entscheidend ist vor allem, ob das zuständige Handelsgericht den Deal billigt, der Ledoux zum größten Aktionär machen würde.

Denn nach dem Willen des künftigen Patrons soll vom Traditionsblatt künftig vor allem der klingvolle Name bleiben, das lukrative Label „Libération“ fortan ein Multimedia-Angebot für Fernsehen,

Radio und Internetdienste zieren. Die Redaktion wird an die Pariser Peripherie verbannt, die 4500-Quadratmeter-Immobilie im dritten Arrondissement hingegen als kommerzielles „Kultur- und Konferenzzentrum“ genutzt werden. Hier sollen sich nach den Entwürfen von Design-Papst Philippe Starck innovative Start-up-Unternehmen ansiedeln, außerdem Studios für Mode- und TV-Produktionen. Und als ob das nicht genug wäre, sind für die oberen Stockwerke ein hippestes Restaurant samt Dachterrasse und eine Bar geplant. Von einem „Café de Flore des 21. Jahrhunderts“ schwärmt Immobilienbesitzer Ledoux, in Anspielung auf den einstigen Treffpunkt der intellektuellen Avantgarde am linken Seine-Ufer.

Bei der Belegschaft sorgt die Glittervision der schönen neuen Medienwelt jedoch für helles Entsetzen. „Libération“ nur noch als hohles Logo, der Redaktionssitz reduziert zum Shopping-Outlet oder vermarktet als profitabler Vergnügungspark unter dem Label „Libé-Land“?

Die Absage an Ledoux' Abwicklungsprojekt kam postwendend. Nach einem Streiktag im Februar formierten sich die Journalisten zum Widerstand. „Wir sind keine Kneipe, kein Kulturzentrum, keine TV-Station“, protestierten die Blattmacher und titelten auf Seite eins mit dem eigentlich Selbstverständlichen: „Wir sind eine Zeitung.“

Unter dieser Überschrift berichtet die Redaktion seither fast täglich über die laufende Auseinandersetzung mit den eigenen Kapitalgebern – mit Erfolg: Viele Leser erklären ihre Solidarität zum gedruckten Produkt und fordern das Überleben ihrer Leib- und Magenlektüre. Widerstand gegen den Radikalumbau der Zeitung kommt auch von Filmschaffenden, Theaterleuten und Autoren, die sich zum Schulterschluss formieren.

Tatsächlich wäre das Ende von „Libé“, so der Kurz- und Kosename, nicht nur eine Tragödie für Leser und Journalisten, sondern ein herber Verlust für Frankreichs Presselandschaft. Kaum eine andere Zeitung hat die publizistische Debatte so geprägt wie dieses Blatt. Gleichzeitig steht die Redaktion unter enormem Anpassungsdruck, kämpft mit dem Wandel der Lesegewohnheiten, hervorgerufen durch Internet, Tablets und Handys.

Das Ende des Blattes wäre, meint Redakteur Se-

rafini, auch das Ende einer außerordentlichen Erfolgsgeschichte, des Wandels „einer maoistischen Kampfpostille zu renommierten linken Tageszeitung“.

Entstanden ist „Libération“ fünf Jahre nach der Pariser Studentenrevolte von 1968. Aktivisten und Intellektuelle rund um den Existenzphilosophen Jean-Paul Sartre wollten ein „Kontrollorgan der Wähler“, das Blatt sollte Sprachrohr der Massen werden. „Volk, ergreife das Wort, und gib es nicht wieder ab“, war das Motto des Gründungsmanifests.

Der wichtigste Trumpf war dabei die völlige Unabhängigkeit. Werbung war tabu, das Gehalt einheitlich, die Redaktion wurde kollektiv geführt, über den Kurs bestimmten die Mitarbeiter per Mehrheitsvotum. Das Blatt stand auf Seiten der Benachteiligten, der Arbeiter und der Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt. Ende der siebziger Jahre wandelte sich das „ganz und gar freie Organ der Tagespresse“ allmählich zur professionellen Publikation, Wettbewerb und wirtschaftlicher Druck sorgten 1981 für Veränderungen, auch Anzeigen wurden erstmals gedruckt. Für die Genossen der ersten Stunde der „Sündenfall“.

Politisch drehte das Blatt unter dem damaligen Chefredakteur Serge July auf einen linkssozialdemokratischen Kurs, glänzte mit aufwendigen Recherchen und exklusiven Reportagen. Äußerlich legte sich die Zeitung mit einem moderneren Schriftzug, einem luftigen Layout und großzügigen Fotostrecken ein neues Gesicht zu.

Der Erfolg hielt an, bis man versuchte, mit Lokal- und Regionalausgaben zusätzliche Leserschaft zu finden: Die Expansion endete im Desaster. Vom Konkurs bedroht, übernahmen 1996 erstmals fremde Investoren bei „Libé“ die Kontrolle, der Rückgang der Auflage wurde dennoch nicht gestoppt. Während der folgenden Jahre wechselten Besitzer, Aufsichtsräte und Chefredakteure, die Redaktion geriet in den Strudel immer neuer Sozial-, Spar- und Rettungspläne. Durch Entlassungen schrumpfte die Belegschaft um mehr als ein Drittel auf heute rund 220 Beschäftigte. Selbst die Rekapitalisierung des angeschlagenen Unternehmens im Jahr 2005 durch Rothschilds 20 Millionen Euro – in der Redaktion umstritten – half dem Blatt nur vorübergehend aus der Schiefelage.

„Wir sind kein Einzelfall“, sagt Redakteur Serafini. „Wie die anderen



Libération-Autor Sartre 1973
„Volk, ergreife das Wort“

Zeitungen Frankreichs leiden wir unter der Konkurrenz der Gratisblätter und der neuen Medien sowie sinkenden Anzeigenerlösen.“

Tatsächlich ist nicht nur das Linksblatt betroffen, etliche der 9000 Titel der französischen Presselandschaft schreiben rote Zahlen. Überregionale Zeitungen wie „Le Monde“, „Le Figaro“, die kommunistische „Humanité“ oder Regionaltitel wie „Ouest-France“ mussten im vergangenen Jahr einen dramatischen Aufschwund verkraften.

Es sind aber nicht nur die veränderten Lesegewohnheiten, die der „Libération“ zu schaffen machen. Ausgerechnet seit dem Präsidentenwechsel 2012 bröckelt die traditionell linke Leserschaft. Hatte Ex-Präsident Nicolas Sarkozy mit seiner Hyperaktivität, seinen vielen Skandalen und seinen Privataffären dem Blatt immer wieder Gelegenheit zu kritischer Berichterstattung geboten, vergällen die täglichen Bulletins zu Pannen und Pleiten des Sozialisten François Hollande selbst die treuesten Käufer.

Seit Immobilienhändler Ledoux der Redaktion ohne Rücksprache auch noch einen Geschäftsführer vor die Nase setzte, der deutlich rechtskonservativ verortet ist, eskalierte der Konflikt zwischen Redaktion und Eigentümern. „Die Anteilseigner haben Geld, aber kein Interesse am Journalismus“, sagt Betriebsrat Nicolas Cori resigniert.

Dass beide Seiten bis zur Klärung vor dem Handelsgericht diese Woche noch zusammenfinden, ist wenig wahrscheinlich – denn zumindest Ledoux hat andere Vorstellungen von der Zukunft der Zeitung. „Ein Presseunternehmen muss sich als ganz gewöhnliche Firma sehen, ansonsten ist es am Ende“, sagte er kürzlich. Noch weniger gefallen dürfte den Redakteuren bei „Libération“ seine Schlussfolgerung: „Diejenigen, die gegen unsere Pläne sind, brauchen nicht zu bleiben. Die Zeitung gehört ja nicht den Journalisten.“

STEFAN SIMONS

